

Landauer, Carl

Article — Digitized Version

Watergate und die US-Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Landauer, Carl (1973) : Watergate und die US-Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 8, pp. 407-410

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134576>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Watergate und die US-Wirtschaft

Carl Landauer, Berkeley, Cal.

Jedes Land hat gelegentlich einen politischen Skandal. Die Vereinigten Staaten hatten jedoch in ihrer Geschichte mehr Skandale als manches andere Land zu verzeichnen. Um zu verstehen, warum der Fall Watergate dennoch eine so weit verbreitete und starke Erregung in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, muß man seine Besonderheiten berücksichtigen.

Verfall der politischen Moral

Erstens sind die Delikte nicht aus persönlichem Eigennutz begangen worden, wie bei den Bestechungsaffären unter den Präsidenten Grant (1869–1877) und Harding (1921–1923), sondern um einen Wahlkampf zu gewinnen. Das mag vom moralischen Standpunkt aus zu einer mildereren Beurteilung von Watergate führen, politisch macht es den Fall jedoch gefährlicher, weil er den Prozeß der staatspolitischen Willensbildung wesentlich verfälscht.

Zweitens war an den früheren Rechtsverletzungen zwar die Umgebung des Präsidenten, nicht aber er selbst beteiligt. Jetzt aber ist, auch wenn man von den bisher nicht bestätigten Aussagen von Nixons früherem Rechtsberater John Dean und anderer noch nicht vernommener Zeugen absieht, durch Nixons eigene Erklärung erwiesen, daß er im Herbst 1970 einen Plan billigte, der u. a. Einbrüche in „feindliche“ Wohnungen und Büroräume und das gesetzwidrige Abhören von Gesprächen vorsah. Wenn dieser Plan auch nach kurzer Zeit auf Verlangen des damaligen Leiters des FBI, J. Edgar Hoover, widerrufen wurde (was übrigens nicht genau nachgewiesen ist), so ändert dies nichts daran, daß seine ursprüngliche Billigung ein verbrecherischer Akt war und zweifellos das Klima für den späteren Watergate-Einbruch mit geschaffen hat. Schon durch die damaligen Absichten wurde der Eindruck erweckt, daß der Präsident seine Kritiker und politischen Gegner als Staatsfeinde betrachtet, zu deren Diffamierung alle Mittel erlaubt sind. Dieser Eindruck wurde

noch durch die Aufdeckung der im Weißen Haus angefertigten „Feindliste“ und der Versuche verstärkt, mit Hilfe der Steuerbehörde und unter Mißbrauch sonstiger staatlicher Mittel der Opposition das Leben schwer zu machen.

Drittens ist der organisatorische Rahmen, in dem die Watergate-Affäre möglich war, im Zuge eines Versuches geschaffen worden, die verfassungsmäßigen Verhältnisse auf „kaltem“ Wege zugunsten der Exekutive und zum Nachteil der Legislative zu ändern. Dem diente vor allem der Aufbau eines großen Mitarbeiterstabes im Weißen Haus, der parallel zu den Bundesämtern tätig wurde, dessen Mitglieder aber nicht wie die hohen Bundesbeamten vom Kongreß zur Rechenschaft gezogen werden konnten. Das verstieß ebenso gegen den Geist der Verfassung – wenn nicht sogar gegen deren Buchstaben – wie gegen alle Grundsätze einer guten Verwaltung.

Ausschaltung des Kongresses

Bessere Argumente hatte der Präsident für einen Teil seiner finanzpolitischen Maßnahmen: Er setzte eine Höchstgrenze für Bundesausgaben fest, sprach sein Veto gegen Bewilligungen aus, die über diesen Betrag hinausgingen, oder weigerte sich einfach, die bewilligten Summen auszugeben. Dabei reduzierte er aber die Ausgaben weder proportional, noch versuchte er, sich mit dem Kongreß darüber zu verständigen, welche Ausgaben gestrichen werden sollten. Vielmehr verfügte er die Streichungen nach eigenem Ermessen – vor allem am Sozialprogramm –, wodurch er dem Kongreß die Möglichkeit nahm, die Prioritäten in der Mittelverwendung zu setzen.

Prof. Dr. Carl Landauer lehrte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Hamburg, Berlin und seit 1932 vor allem an der Berkeley University, Kalifornien.

Auch durch das sogenannte „revenue sharing“ beschnitt er den Einfluß des Kongresses auf die Bundesfinanzen: Anstatt wie bisher bestimmte Programme der Wohlfahrtshilfe, der Städte-Erneuerung und dergleichen gesetzlich festzulegen und den Bundesstaaten und Gemeinden die Mittel zur Durchführung zu überweisen, veranlaßte Nixon, daß die durch die Kürzung oder Eliminierung von Programmen eingesparten Mittel teilweise den Ländern und Städten zur freien Verfügung überwiesen wurden. Diese Methode hat ihre Vorteile und Nachteile. Auf jeden Fall war sie aber insbesondere bei der Gemeindebürokratie populär. Daher konnte sich der Kongreß nicht erfolgreich dagegen wehren, obwohl ihm dadurch der Einfluß auf die Programme beschnitten wurde. Den Kongreß auf diese Weise zu überspielen, wäre aber nur dann eine gute Strategie gewesen, wenn die Regierung eine Verständigung gesucht hätte. Denn für jede amerikanische Regierung kommt der Moment, in dem sie den Kongreß braucht. Das Wort Versöhnung stand jedoch nicht im innenpolitischen Lexikon von Nixon.

Zweifel an Nixons Integrität

Der unvermeidliche Widerstand des Kongresses gegen die Ausweitung der Befugnisse der Exekutive wurde für den Präsidenten aufgrund der Blößen, die er sich gab, besonders gefährlich. Für seinen Stab wählte er Leute, die – mit Ausnahme von Kissinger – keine nennenswerten politischen Erfahrungen und fast durchweg keine Beziehungen zum republikanischen Parteiapparat hatten und die außerdem in verletzendem Hochmut mit dem Kongreß – Republikanern wie Demokraten – möglichst wenig zu tun haben wollten. Als sie dann auch noch ihren Mangel an moralischer Integrität und an Rechtsbewußtsein demonstrierten und die Situation den Gedanken nahelegte, daß Nixon seinen selbst ausgewählten Mitarbeitern ähneln könnte, war die Katastrophe da. Da halfen dem Präsidenten auch seine außenpolitischen Erfolge nicht allzu viel, von denen der Abbau der Feindschaft mit China zweifellos von Wert ist, während sich die Regelung im Falle Südostasiens erst noch bewähren muß.

Alein Nixons Geständnis, einen Plan für teilweise verbrecherische Aktionen gebilligt zu haben, würde wohl als juristische Grundlage für ein formelles Absetzungsverfahren („impeachment“) ausreichen, auch wenn ihm keine vorherige Kenntnis des Watergate-Einbruchs und, trotz der Aussage Deans, auch keine Behinderung des Untersuchungsverfahrens nachgewiesen werden kann. Viel zweifelhafter ist jedoch, ob ein „impeachment“ – oder eine Aktion, die ihn zum Verzicht auf sein Amt zwingen würde – heute eine ausreichende politische Grundlage hat. Nixons Popu-

larität ist stark gesunken, aber das Prestige des Präsidentenamtes ist so groß, daß sich die Öffentlichkeit nur schwer entschließen würde, seine formelle oder tatsächliche Absetzung zu billigen. Beide Kongreßparteien fürchten sich vor einer möglichen Umkehr der öffentlichen Meinung zugunsten des Präsidenten, wenn sie den Kampf bis zum bitteren Ende führen. Außerdem fürchten sich die Republikaner davor, daß ihre Partei noch mehr geschädigt würde, als es durch die Watergate-Affäre ohnehin der Fall ist, wenn sie ihren eigenen siegreichen Kandidaten Nixon aus seinem Amt vertreiben. Die Demokraten würden es ungern sehen, wenn der jetzige Vizepräsident Agnew im Amt nachrücken würde – was die verfassungsmäßige Konsequenz von Nixons Ausscheiden wäre –, da sie ihn dann im Wahlkampf 1976 schwerer schlagen könnten. Beide Parteien halten Agnew für recht unbegabt und denken mit Sorge daran, daß er die kommenden Verhandlungen mit Europa, Japan und der Sowjetunion führen müßte.

Lähmung der Wirtschaftspolitik

Doch auch wenn Nixon im Amt bleibt: Er ist schwer angeschlagen und wird wenig aktionsfähig sein. Das hat vor allem auch Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik, wie schon die jüngste Erfahrung mit der Inflationsbekämpfung zeigte. Auf diesem Gebiet hat Nixon mit wenig Glück und Geschick operiert. Die Lockerung der Lohn- und Preiskontrollen in der sogenannten Phase III hat eine scharfe Aufwärtsbewegung der Preise entstehen lassen – nicht nur bei den Lebensmitteln, die durch schlechte Ernten in großen Teilen der Welt und durch die Getreideverkäufe an die Sowjetunion knapp geworden waren, sondern auch bei den industriellen Fertigwaren. Diese Steigerung war besonders bedrohlich, weil sie das Tempo der amerikanischen Preissteigerungen, das während der Kontrollphase II unter dem der meisten anderen Länder lag, auf oder über das japanisch-europäische Niveau hob und damit die Hoffnung auf eine Besserung der Zahlungsbilanz in Frage stellte.

Das Versagen der Phase III hatte sich schon vor längerer Zeit angekündigt, so daß die Ausarbeitung eines besseren Systems möglich gewesen wäre. Die Regierung zeigte sich aber zunächst unschlüssig, da die Wirtschaftsberater des Präsidenten offenbar nicht von sich aus die Initiative zur erneuten Verschärfung der Kontrollen ergreifen wollten und Nixon selbst durch Watergate in Anspruch genommen war. Als dann doch deutlich wurde, daß etwas geschehen müsse, fehlte ein Programm. So entschloß sich die Regierung, der Wirtschaft den schweren Schlag eines zweimonatigen Preisstopps zu versetzen. Während dieser

zwei Monate wurde der Plan einer vierten Kontrollphase ausgearbeitet. Sie stellt durch ihr Kontrollsystem im wesentlichen eine Rückkehr zur Phase II dar.

Natürlich rief der Preisstopp zahlreiche Mißstände hervor, die in einem Kontrollsystem mit vorsichtig eingebauten Elastizitäten hätten vermieden werden können. Wie in Phase II hat man wegen der großen technischen Schwierigkeiten der Überwachung (und vielleicht auch aus politischen Gründen) die landwirtschaftlichen Produkte beim Verkauf ab Farm vom Preisstopp ausgenommen. Im Unterschied zur Phase II hat man den Händlern und Weiterverarbeitern jedoch nicht erlaubt, etwaige weitere Erhöhungen der Produzentenpreise auf die Konsumenten abzuwälzen. Hierdurch werden vermutlich einzelne Warengattungen vom Markt verschwinden. Wie viele dieser Mißstände sich in der jetzt angelaufenen vierten Phase wiedergutmachen lassen, bleibt abzuwarten.

Die Verzögerung des Programms für die vierte Kontrollphase war eine verhängnisvolle Folge von Watergate und viel schwerwiegender als der wahrscheinlich überschätzte direkte Einfluß der Affäre auf den Dollarkurs und die Effektenbörse.

Auf den ersten Blick mag es erstaunlich sein, daß die Lähmung der Entschlußkraft von Nixon sich so ungünstig auf die Wirtschaftspolitik auswirkte. Denn Nixon ist alles andere als ein Wirtschaftsexperte, dafür besitzt er in seinen prominenten Wirtschaftsberatern Herbert Stein und George P. Shultz hervorragende Sachkenner. Konnten sie nicht die wirtschaftspolitischen Entscheidungen ebensogut ohne den Präsidenten treffen? Das wäre wohl der Fall gewesen, wenn nicht auf ihnen wie auf anderen Sachkennern das lasten würde, was John Kenneth Galbraith „the conventional wisdom“ genannt hat: Obwohl sie einsehen, daß die orthodoxe Methode der Inflationsbekämpfung durch Beschränkung des Geldzuflusses nicht ausreicht oder wegen der Wirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht mehr voll anwendbar ist, haben sie sich doch von den orthodoxen Vorstellungen nicht ausreichend gelöst, um wirklich an das zu glauben, was sie tun müssen. Der Präsident aber, gerade weil er von Wirtschaftsfragen wenig versteht und sie vor allem nach politischen Gesichtspunkten beurteilt, ist unbefangener und hätte eher die Schranken überkommener Vorurteile durchbrechen können, wenn ihm nicht die Bedrohung seiner Stellung die Entschlußkraft genommen hätte.



Vertrauen verpflichtet

Wir wissen, daß unsere Kunden ihr Vertrauen in uns setzen. Vertrauen in die Qualität der MOBIL-Erzeugnisse. Vertrauen in die Leistungsfähigkeit eines Weltunternehmens, dessen Teil wir sind.

Wir wissen, daß man von MOBIL immer etwas mehr erwartet. Ein Mehr an Beratung, an Service, an fortschrittlichem Denken.

Wir wollen, daß das so bleibt; daß Sie mit MOBIL morgen ebenso zufrieden sind wie gestern oder vorgestern.

Wir arbeiten dafür. In unseren Raffinerien, in unseren Forschungslaboratorien, in unserer ganzen Organisation. Tag für Tag. Für Sie, den Kunden, dessen Vertrauen unser Kapital ist.

Mobil

MOBIL OIL A.G. IN DEUTSCHLAND · 2 HAMBURG 1 · STEINSTRASSE 5

Das Inflationsproblem selbst ist komplizierter geworden. Zur Zeit des ersten Preisstopps von 1971 und auch während der darauf folgenden Phase II entsprach die Inflation zum größten Teil dem „cost-push“-Modell: Der Anstoß zu den Preissteigerungen ging damals im wesentlichen von Lohnerhöhungen und durch Monopole verursachte Kostensteigerungen aus. Die Regierung und der Federal Reserve Board mußten sie durch eine entsprechende Geldvermehrung „ratifizieren“, wenn sie nicht eine Verschlechterung des ohnehin ungünstigen Arbeitsmarktes riskieren wollten. Die Kontrollen hatten die Funktion, den ersten Anstoß zu Preissteigerungen zu unterdrücken, um damit der öffentlichen Gewalt das Dilemma – gestiegerte Inflation oder gestiegerte Arbeitslosigkeit – zu ersparen.

In der Zwischenzeit hat sich der Wohlstand weiter erhöht, die Konsumnachfrage ist überall sehr stark, und die Investitionen sind erheblich. Als Folge hat sich der Kapazitätsauslastungsgrad bedeutend erhöht, obwohl sich die Arbeitslosenrate aus Gründen, die noch erforscht werden müssen, wenig veränderte. Insgesamt sind heute die „demand-pull“-Faktoren stärker als 1971 und 1972. Deshalb sind die Argumente für eine der Tendenz nach deflatorische Politik überzeugender. Die Kontrollen sind freilich nicht überflüssig geworden, da immerhin noch starke „cost-push“-Elemente vorhanden sind. Vor allem werden aufgrund der letzten Steigerungen der Lebenshaltungskosten die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern gedrängt, starke Lohnerhöhungen zu verlangen. Wenn diesen Forderungen nicht von außen Schranken gesetzt werden, werden sie bei ihrer Durchsetzung schon für sich allein genommen eine erhebliche zusätzliche Inflationsbeschleunigung verursachen.

Lösungsmöglichkeiten des Dollarproblems

Natürlich müssen auch die Auswirkungen der Inflation auf die Zahlungsbilanz betrachtet werden. Es ist aber unklar, welchen Beitrag man von der Senkung der inländischen Inflationsrate zur Gesundung des Dollars erwarten darf, selbst wenn andere Länder ihre Zoll- und sonstigen Barrieren gegenüber den amerikanischen Exporten abbauen. Der Druck auf den Dollar wird ja nicht nur durch den Passivsaldo der Bilanz der laufenden Posten verursacht, sondern ist in einem viel stärkeren Maße eine Folge der in Europa und Asien aufgrund der Passivsaldo vieler Jahre angesammelten Dollar, die das Ausland früher gern als Reserven hielt, die jetzt aber niemand mehr besitzen will. Diese Beträge, die nach Schätzungen zwischen 50 und 100 Mrd. \$ ausmachen, sind viel zu groß, um in absehbarer Zeit selbst durch einen erheblichen Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten – der mit einigem Glück als Folge

der Abwertung erwartet werden darf – absorbiert zu werden.

Auf den ersten Blick liegt daher der Gedanke nahe, die vagabundierenden Dollar durch eine Anleihe zu binden. Bei den gegenwärtigen Zinsen wäre jedoch die jährliche Zahlungsbilanzbelastung untragbar und würde in Kürze zu einer neuen Akkumulation unerwünschter Dollar führen. Einige besonders schlaue Beobachter haben auch ausgerechnet, daß bei einem Steigen des Goldpreises auf 200 \$ pro Unze Feingold der Rest des amerikanischen Goldvorrats ausreichen würde, um alle Überschuß-Dollar aufzukaufen. Aber würde nicht eine so drastische weitere Erhöhung des Goldpreises andere ungünstige Auswirkungen haben? Die beste Lösung wäre sicherlich, wenn die Dollar am amerikanischen Aktienmarkt angelegt würden. Das aber setzt eine günstige Entwicklung der Wertpapierkurse voraus. Zwar haben sich die Kurse an der Wall Street in der letzten Zeit nicht gerade schlecht gehalten, aber sie sind doch bei weitem nicht attraktiv genug, um große Dollarbeträge aus dem Ausland anzuziehen. Hinzu kommt, daß der Zwang, die Zinsen hochzuhalten, um dadurch vor allem einen Kapitalabfluß zu verhindern, jedem nachhaltigen Kursanstieg entgegenwirkt.

Gedämpfter Optimismus

Die Offensive Nixons in Richtung einer Erweiterung der Präsidentialrechte ist an Watergate gescheitert. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich die Entwicklung der nächsten Monate und Jahre eher in Richtung auf ein parlamentarisches System bewegen wird. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Außenpolitik, die Inflationsbekämpfung, die Abwendung der drohenden Energiekrise sowie die realistische Abwägung der Interessen des Umweltschutzes gegenüber denjenigen der Wirtschaft werden daher in Zukunft sehr stark davon abhängen, ob sich der Kongreß als fähig erweist, den ihm zugefallenen Zuwachs an Macht richtig zu benutzen. Es gibt hierfür einige Anzeichen, die einen gewissen Optimismus rechtfertigen könnten. In der Aufklärung der Watergate-Affäre hat sich auch die Führung beider Kongreßparteien gut bewährt. Als die Justiz zu versagen drohte, weil die Strafverfolgung politisch gehemmt wurde, hat der Senat eingegriffen und durch seine Untersuchungskommission die Ermittlungen in die Hand genommen. Damit wurde ein eindrucksvolles Beispiel politischer Selbstreinigung geliefert und gleichzeitig bewiesen, daß die amerikanische Volksvertretung in Krisen zu einem zielbewußten Handeln fähig ist. Ob sich diese Fähigkeit aber auch langfristig bei den wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen bewähren wird, läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen.